

Deffter. Republik
 Im Einzelverkauf
K 500.—
 Monatl. samt Postgeb.
K 15.000.—
 Schriftleitung:
 Wien, III/2, Hetzgasse 20
 Tel.: Aut. 42-3-36.
 Verwertung
 Inseraten-Aufnahme:
 Wien, III/2, Hetzgasse 20
 Tel.: Aut. 42-3-53.

Die Neue Zeitung

Unabhängiges Tagblatt.

Gehehobaltliche Republik
 40 Cz.-sl. Heller
 Monatsabonnement
12 Cz. Kronen
 Stadtbureau
 für „Kleine Anzeigen“
 und Abonnements:
 Wien, I., Schillerstraße 11
 Tel.: Aut. 77-0-91.
 Postparkassen-Kontos:
 Deutsch-Wat. 100 688, ung.
 24.591, born.-herr 2160

Das Blatt erscheint täglich einmal um 6 Uhr morgens. Montag erfolgt die Ausgabe um 11 Uhr mittags.

Nr. 287

Wien, Freitag, den 19. Oktober 1923

16. Jahrgang

Die Wahlen am Sonntag.

Was die Wähler und Wählerinnen wissen müssen.

Wien, 18. Oktober.

Sonntag, den 21. Oktober, finden die Wahlen in den Nationalrat, in den Wiener Gemeinderat und die Wiener Bezirksvertretungen sowie in die Landtage von Steiermark, Kärnten, Vorarlberg und Burgenland statt.

Für die Wahl brauchen die Wahlberechtigten eine **Karte oder eine sonstige amtliche Bescheinigung**, aus der ihre Identität ersichtlich ist. Als solche Urkunden oder Bescheinigungen kommen insbesondere in Betracht: Tauf-, Geburts- und Trauschein, der Heiratschein, Anstellungsbefehle, Pässe und amtliche Legitimationen jeder Art, Arbeitsbücher, Dienstbotenbücher, Dienstkarten, Jagdpaten, Eisenbahn- und Tramwaypermanenzkarten, Gewerbebescheine, Lizenzen, Diplome, Immatrikulationsbescheine und Meldungsbücher einer Hochschule, Hoch- und Mittelschulzeugnisse, militärische Dokumente und dergleichen, überhaupt alle unter **Verdacht eines Amtsstempels** ausgetragenen Urkunden, die den Personstand des Wählers erkennen lassen. Der **Wahlzettel genügt nicht**. **Verheiratete Wählerinnen** sollen ein Dokument mitbringen, das ihren jetzigen Namen enthält; eine Urkunde mit dem Mädchennamen genügt nicht.

Die Wahlberechtigten erhalten keine Einladung, keine Aufforderung mehr, auch keine Legitimation. Das jemand wahlberechtigt ist und in der Wählerliste eingetragen, berechtigt ihn dazu, am Wahltag seine Stimme abzugeben; es ist also jeder Wahlberechtigte ohne weiteres berechtigt und verpflichtet, am Wahltag ins Wahllokal zu gehen und dort seinen Stimmzettel abzugeben.

Die **Stimmzettel** sind von den meisten Parteien in der vom Gesetz vorgeschriebenen Form den Wählern zugesandt worden. Doch kann der Wähler vom Wahlleiter der Wahlbehörde, der er zugewiesen ist, einen Stimmzettel verlangen, den er dann auszufüllen hat. Der Stimmzettel ist **gültig ausgefüllt**, wenn er die **Partei bezeichnet** oder wenigstens den Namen eines Bewerbers der gewählten Parteiliste unabweislich enthält, oder nebst der Parteibezeichnung den Namen eines oder mehrerer Bewerber der von dieser Partei aufgestellten Parteiliste aufweist. Die **Ausfüllung kann durch Handschrift, Druck oder sonstige Vervielfältigung geschehen**. Erwidrungen machen den Stimmzettel nicht ungültig, wenn wenigstens der Name eines Wählerbewerbers oder die Partei bezeichnet bleibt, da in jedem Falle nur die von den einzelnen Parteien überreichten Listen maßgebend sind.

In ganz Wien wird in allen Bezirken für alle gleichzeitig vorzunehmenden Wahlen (Nationalrat, Gemeinderat, Bezirksvertretungen) ein **gemeinsamer Stimmzettel** abgegeben. Die **Stimmzettel** sind in der Mitte durch einen Strich geteilt, so daß, wer nur für den Nationalrat oder nur für den Gemeinderat seine Stimme abgeben oder für beide Körperschaften verschiedene Parteien wählen will, durch **Zerrennung** der beiden Hälften des gemeinsamen Stimmzettels seine Absicht verwirklichen kann. Die obere Hälfte des Stimmzettels trägt den Vermerk „Nationalrat“, die untere den Vermerk „Gemeinderat und Bezirksvertretung“.

Jeder Wähler findet im **Flur seines Wohnhauses** die amtliche Verlautbarung angehängt, welcher Wahlbehörde er zugewiesen ist, beziehungsweise in welchem Wahllokal er abstimmen hat. Von dieser Behörde erhält der Wähler, nachdem er sich entsprechend ausgewiesen hat, ein **Wahlbüchlein** und eventuell einen leeren Stimmzettel, womit er sich in die **Wahlzelle** begibt. Dort füllt er, wenn er dies nicht schon früher getan hat, den Stimmzettel aus, legt ihn in das **Kübelchen**, tritt dann in die Zelle und übergibt das **Kübelchen** geschlossen dem Wahlleiter, der es unersöffnet in die Urne legt.

Im Gebäude des Wahllokals und in einem gewissen Umkreis ist am Wahltag jede Art der **Wahlwerbung**, insbesondere durch Ansprachen an die

Wähler, durch Verteilung von Wahlaufrufen oder von Kandidatenlisten und dergleichen, ferner jede Anjammung sowie das Tragen von Waisen jeder Art unterlagt. Der **Ausgang von geistigen Getränken** ist am Wahltag sowie am Tage vorher **allgemein verboten**.

Die Mandatsverteilung für den Nationalrat.

Im ganzen Bundesgebiet gab es bisher **183 Mandate**, während der neue Nationalrat nur **165 Mitglieder** zählen wird.

Bisher legte sich der Nationalrat zusammen aus **35 Christlichsozialen**, **69 Sozialdemokraten**, **21 Großdeutschen**, **7 Bauernbündlern** und einem Mitglied der **bürgerlichen Arbeitspartei**. Davon wurden im ersten Ermittlungsverfahren **151 Mandate** beiegt, von denen **77 auf die Christlichsozialen**, **58 auf die Sozialdemokraten**, **12 auf die Großdeutschen**, **3 auf die Bauernpartei**, **1 auf die bürgerliche Arbeitspartei** entfielen. Im zweiten Ermittlungsverfahren gelangten **15 Reststimmenmandate** zur Vergebung, von denen **7 den Großdeutschen**, **4 den Sozialdemokraten**, **3 den Christlichsozialen**, **1 der Bauernpartei** zugewiesen wurden. Schließlich traten noch die **9 Abgeordneten** aus **Italien** und die **6 Abgeordneten** des **Burgenlandes** dazu.

Von besonderem Interesse wird der **Ausfall der Wahlen in Wien** sein. Die **Hauptstadt** hatte im Jahre **1920 48 Mandate** zu begeben, von denen **28 den Sozialdemokraten**, **16 den Christlichsozialen**, **3 den Großdeutschen** und **1 den bürgerlichen Demokraten** zugefallen waren. Die **Mandatszahl Wiens** wurde nun auf **45** herabgesetzt.

Der deutsche Geschäftsträger bei Poincaré.

Die Vorschläge der Reichsregierung abgelehnt.

Berlin, 18. Oktober. Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat im Anschluß an die frühere Besprechung seinen nochmals dem französischen Ministerpräsidenten eingehend die Auffassung der Reichsregierung über die Regelung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten und über die weitere Behandlung der allgemeinen Reparationsdingen dargelegt. Der Geschäftsträger hat darauf hingewiesen, daß die Absicht der deutschen Regierung nicht darin bestehe, über die Aufgabe des passiven Widerstandes, die für Deutschland eine vollkommene Katastrophe sei, sondern darüber zu verhandeln, wie nach der Aufgabe des Widerstandes Arbeit und Produktion so weit wie möglich und schnellsten wieder hergestellt und insbesondere die Wiederaufnahme der Kohlen- und Holzlieferungen an Frankreich und Belgien ermöglicht werden könne. Die Reichsregierung sei auch bereit, legale Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit zu fördern. Nach Bekanntgabe der Weisungen der deutschen Regierung an die Beamten und Eisenbahner sowie der von der Reichsregierung gegebenen Mitteilungen für die Industriellen über die Geschäftsträger mit Nachdruck darauf hin, daß die bisherige Methode der Verhandlungen zu einer völligen Zersplitterung und Nationalität im besetzten Gebiet geführt habe. Die von Deutschland gewünschten einheitlichen Verhandlungen zwecks Wiederherstellung des Zustandes vor dem 11. Jänner 1923 seien daher eine tatsächliche Notwendigkeit.

Zur Frage der Kohlen- und Holzlieferungen an Frankreich und Belgien hat der Geschäftsträger dargelegt, daß Deutschland gegenwärtig schlechterdings außerstande sei, die Finanzierung seiner

Heute beginnen wir mit dem Abdruck unseres Romanes: „Liebesmusik“, eine Altwiener Geschichte.

seits vorzunehmen. Er wies auf die außerordentlich gefährlichen Folgen hin, die sich ergeben würden, wenn die Kohlenzweige die Arbeit schon nach wenigen Tagen infolge mangelnder Zahlungsmittel wieder ausgeben müßte. Binnen kürzester Frist würden **350.000 Bergarbeiter** mit ihren Familienangehörigen ohne Substanzmittel dem Verhungern gegen über stehen; dazu kämen noch Millionen Arbeiter und Angestellte anderer Industrien, deren Beschäftigung vollständig von dem regulären Betrieb der Kohlenzweige abhängt. Die deutsche Regierung setze diese zweiseitigen Entwicklung machlos gegenüber, wenn Frankreich eine Verständigung ablehne.

Die Verhandlungen über die allgemeinen Reparationsfragen

müßten auch nach der Ansicht der deutschen Regierung mit allen beteiligten Mächten stattfinden. Die Reichsregierung halte es für ratsam und glaube den vielfach von Poincaré geäußerten Wünschen zu entsprechen, wenn sie sich ebenfalls mit der Reparationskommission in Verbindung setze.

Poincaré lehnt kategorisch ab.

Der französische Ministerpräsident hat die **Aufnahme von Reparationsverhandlungen** über die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet kategorisch abgelehnt. Die Weisungen an die Beamten und an die Industriellen seien ihm gleichgültig. Das allein ausschlaggebende sei für ihn die restlose Wiederherstellung des tatsächlichen Zustandes vor dem 11. Jänner 1923. Die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit der Finanzierung der Sachlieferungen könne er nicht anerkennen. Auf welche Weise die deutsche Regierung die Finanzierung der Sachlieferungen fertigbrächte, sei ihm ebenfalls völlig gleichgültig. Die Erörterung etwaiger deutscher Vorschläge durch die Reparationskommission werde er solange nicht zulassen, als nicht der deutsche Vorkriegsstand nach französischer Auffassung wieder hergestellt sei.

Schwerer Konflikt zwischen Sachsen und Reich.

Das Ultimatum des Generals.

Berlin, 18. Oktober. Der Konflikt zwischen dem sozialistisch-kommunistischen Sachsen und der Reichsregierung ist nun offen zum Ausbruch gekommen. Den Anlaß dazu bot ein Schreiben, das der Militärbefehlshaber Generalleutnant Müller, dem infolge des Ausnahmezustandes die oberste ausführende Gewalt zuteilt, an den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner gerichtet hat und in dem er darauf hinweist, daß der sächsische Finanzminister Böttcher in einer am 13. d. M. von der kommunistischen Partei einberufenen Versammlung im Zoologischen Garten in Leipzig eine **offene Kampfanfrage** gegen die Maßnahmen der Reichsregierung ausgeprochen und eine entsprechende Resolution veranlaßt habe. Die Aufforderung zur Bewahrung sei gleichbedeutend mit dem Aufruf zum bewaffneten Kampf.

Der Ministerpräsident wird daher gebeten, bis zum 18. Oktober, 11 Uhr vormittags, unabweisend auszusprechen, ob sich das Gesamtministerium mit den Maßnahmen Böttchers einverstanden erkläre oder ob es, entgegen diesen Versicherungen, noch den Weisungen des Wehrfreibeichsbehalters zu handeln gewillt sei. Für letzteren Fall wird in dem Schreiben gefordert, daß die sächsische Regierung die dem Wehrfreikommandanten gegebene **Erklärung** veröffentlichte.

Gleichzeitig wird um Mitteilung gebeten, wie die Regierung für die Zukunft derartigen Entgleisungen von Ministern vorbeugen wolle.

Dieses Schreiben des Militärbefehlshabers, das in seiner Form einem Ultimatum gleichkommt, hat selbstverständlich den schärfsten Protest der sächsischen Regierung herausgefordert, die das Schreiben dem Landtag vorlegte und nach eingehender und erregter Debatte beschloß, eine Antwort darauf überhaupt abzulehnen.

Dresden, 18. Oktober. Da Ministerpräsident Dr. Reiger den General Müller keine Antwort gab, hat dieser die Angelegenheit dem Reichswehrminister unterbreitet.

Das Ultimatum von Ebert und Eisele ist genehmigt.

Berlin, 18. Oktober. Wie die Abendblätter zu dem Konflikt in Sachsen melden, ist der Schritt des Generals Müller bei der sächsischen Regierung im Einberufen mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister erfolgt.

Drohung mit dem Generalkrieg.

Die erweiterten Deutscherwartungen der drei Berliner gewerkschaftlichen Arbeiter, Angehörigen und Beamtenorganisationen Groß-Berlins haben nach dem „Vorwärts“ getrieben eine Entscheidung angenommen, die für den Fall eines bewaffneten Vorgehens gegen das sächsische oder sibirische Proletariat die Proklamierung des Generalkriegs in Aussicht stellt.

Nachrichtliche Vorbereitungen.

Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ trifft Bayern an der sächsischen und tschechischen Grenze Vorbereitungen, um ein Hebergereisen bolschewistischer Tumulte auf Bayern oder Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu verhindern.

Der „Vorwärts“ meldet aus München, daß Doktor v. Rahr den russischen Botschafter in Berlin Krestinski, den wirtschaftlichen Auslandsdirektor der Sowjetregierung Moskoff, den Präsidenten des Reichsgerichts in Moskwa Bratitski, den stellvertretenden Präsidenten des Rates der Volkskommissäre zurupa sowie mehrere andere russische Persönlichkeiten aus Bayern ausgewiesen hat.

Die Sozialdemokraten fordern Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes.

Berlin, 18. Oktober. Wie die Mäcker mitteilen, ist der geistliche Beschluß des sozialistischen Parteivorstandes betreffs Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes noch geteilt dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler mitgeteilt worden. Nach dem „Volkswagen“ soll das Reichskabinett erst gestern abends zusammengetreten sein und sich mit dem Verlangen der Sozialdemokraten beschäftigt haben.

Neue Plünderungen von Bäderläden in Berlin und Plauen.

Erzwungene Gratisverteilung von Lebensmitteln. — Der Berliner Brotpreis 620 Millionen Mark.

Berlin, 18. Oktober. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Plauen meldet, ist es am Mittwoch neuerlich zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten gekommen. Lebensmittelhandlungen wurden von der Masse gezwungen, ihre Waren unentgeltlich abzugeben. Die Plauerer Wäcker liegen das Volkstum wissen, daß sie gezwungen sein würden, die Verteilung von Sachwaren einzustellen, falls ihnen nicht größerer polizeilicher Schutz gewährt würde.

Auch in Berlin nahmen die Plünderungen von Bäderläden ihren Fortgang. Es sind gestern abends in Koepenick, Steglitz und Lichtenfeld Bäderläden ausgeraubt worden. Auch hier droht die Gefahr einer Einstellung der Brotversorgung.

Der Zweckverband der Berliner Bäckermeister hat den Brotpreis von morgen ab auf 620 Millionen Mark erhöht.

Blutige Demonstrationen in Mannheim. 7 Tote, 16 Verletzte.

Berlin, 18. Oktober. Auch gestern ist es in Mannheim wieder zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei gekommen. Es wurden sieben Tote und 16 Verletzte festgestellt. An der Redaktionsstraße kam es zu einem Zusammenstoß, bei dem es zahlreiche Verletzte gab. Als die Demonstranten über die Brücke zurückweichen wollten, wurde ihnen von den Franzosen der Mähdeg erschwert. Dadurch gelang es der Polizei, etwa 60 Personen festzunehmen und zu entwaffnen.

Durch Anschlag des Reichskanzlers ist außer der Aufhebung der Belagerung der Polizeistunde auf 9 Uhr bekanntgemacht worden, daß nach der Berechnung des Wegereisekommandos der Reichskanzler die ihm mit Luftschutz beauftragt sind, mit dem Tode bestraft werden und daß die Aufforderung zum Generalkrieg

Die Markkatastrophe.

Rekordkurse der fremden Zahlungsmittel in Berlin.

Wien, 18. Oktober. Die heute aus Berlin gemeldeten Vorgänge am Finanzplatz übertrafen alles bisher dagewesene. Bereits in den Vormittagsstunden war die Berliner Börse der Schaulust turbulenter Szenen. Der Börsenhandel legte daraufhin, daß das Chaos nunmehr vollkommen herabgesunken sei. Die zum Vorhinein getommenen Rekordkurse für die fremden Zahlungsmittel bedekten noch mehr Käufer. Geld und Vorrat für die deutsche Bevölkerung, jedoch aber andererseits Rückengewinne für einzelne Kapitalgeber der volkswirtschaftlichen Bereicherung.

Das Pfund, das zu Beginn mit 25 Milliarden gehandelt wurde, stieg auf 60 Milliarden, der Dollar auf 13 Milliarden, die österreichische Krone auf 280.000 Mark.

Die amtlich bezugsfertigen Schlußkurse weisen zwar niedrigere Zahlen auf, die aber im Preisverlauf überhaupt nicht in Betracht kommen. Immerhin ließen auch diese

oder zum Bürgerkrieg unter diese Bestimmungen. Auch die Anwesenheit haben in der von ihnen besetzten Redaktionsstadt jede Ansammlung verboten.

Die am Abend eingetretene Beruhigung hat die Nacht über angehalten.

Halb Deutschland unterstützungsbedürftig.

Frankfurt a. M., 18. Oktober. Die Wirtschaftskrise hat denartigen Umfang angenommen, daß auch wirtschaftlich Bestellungen für die Hälfte der Bevölkerung Unterstützungswaagen aus den südlichen Kreisen oder aus Reichsmitteln besteht.

Rußlands militärische Vorbereitungen.

Paris, 18. Oktober. Die Informationen, die hier aus dem Osten vorliegen, lassen sich demnach zusammenfassen. Die Vorzüge in Polen und den russischen Provinzen sowie die Einwirkung der Dinge in Deutschland werden von der Moskauer Regierung mit großem Interesse verfolgt. Es scheint, daß man in Moskau ernste Komplikationen der polnischen Lage in den aller nächsten Wochen befürchtet und zu dem Entschluß gekommen ist, für alle Fälle gerüstet zu sein. Insofern ist die Notwendigkeit ergeben, aktiv einzugreifen. Die französischen diplomatischen Stellen haben veranlaßt, Mitteilungen aus Rußland erhalten, nach welchen eine unaufrichtige Verständigung der Grenzgarantitionen durchgeföhrt wird. Die letzten Redaktionen aus Moskau lauten dahin, daß die Sowjetregierung drei Jahrsfrist zu einer einmonatigen Waffenübung einberuft.

Tagesneuigkeiten.

Die Stadtbahn als Tramway.

Zustimmung der Generaldirektion der Bundesbahnen.

Der Generaldirektor der österreichischen Bundesbahnen, Ingenieur Siegmund, hat an den Bürgermeister der Stadt Wien wegen der erbetenen Überlassung der Stadtbahn an die Gemeinde Wien zwecks Umgestaltung zu einem elektrischen Trambahnnetz am 18. d. M. ein Schreiben geschickt. Darin wird betont, daß das von der Gemeinde Wien vorgeschlagene Projekt nicht die vollkommenste Lösung des für die Stadt so wichtigen Verkehrsproblems darstellt, daß vielmehr eine solche Lösung nur bei der Einführung des elektrischen Volkstrambahnnetzes zu erwarten ist, welcher auch gezielte Verkehrsverbindungen genügen kann, eine nahezu größere Reichweite ermöglicht und vor allem die Möglichkeit eines direkten Liebergangsverkehrs auf die Hauptbahnlinien bietet.

Die Bundesbahnen wollen jedoch wegen Befahrens auf einer besseren Lösung des Problems die von der Gemeinde Wien vorgeschlagene Lösung, die immerhin eine wesentliche Besserung des derzeitigen Zustandes ermöglicht, nicht ablehnen und geben hiermit die Erklärung ab, daß sie der Verwirklichung der Stadtbahnlinien an die Gemeinde Wien zustimmen, inwiefern über die Details des Verkehrsvertrages, insbesondere über die Dauer desselben, ein Einvernehmen erzielt wird. Die österreichischen Bundesbahnen haben bereit, die Verhandlungen sofort aufzunehmen und dieselben rasch zu Ende zu führen. Die Verhandlungen werden, wie aus dem Notizblatt mitgeteilt wird, am Montag, den 22. d. M., beginnen. Da man mit deren kalibrier Verwendung und günstigen Ergebnisse rechnet, wurde die Straßenbahndirektion angewiesen, mit der größten Beschleunigung alles vorzutreiben, damit mit den Arbeiten begonnen werden kann und die günstige Jahreszeit noch ausgenutzt wird.

Eine Hämorrhoidale Demonstration des Bundeskanzlers Dr. Seipel. In elf Versammlungen am Mittwoch Abend.

Die hämorrhoidale Demonstrationstätigkeit hat am Mittwoch ihren Höhepunkt erreicht, da an diesem Abend nicht weniger als 22 Versammlungen abgehalten wurden. Aus den vier Bezirksvereinen in den Bezirken Innerer Stadt, Landstraße, Danubium und Währing, für die Bundeskanzler Dr. Seipel sein Erscheinen zugesagt

hatte, wurden elf Versammlungen, da die Wählerliste auf Grund ihrer Aufzählungen in solchen Massen berechnete, daß die größten Teile in diesen Bezirken bei weitem nicht hinreichen, die Reizeunigen aufzunehmen.

Die Million-Mark.

Berlin, 18. Oktober. Bei den Banken ist heute die Tausend-Mark an Stelle der Ein-Mark im Rechnungswesen zur Einführung gekommen. Nur einige Wochen früher soll zur Million-Mark übergegangen werden. Der Zweck dieser Maßnahme und Überleitung hat bislang keine Wirkung, diese Maßnahme ist hinsichtlich abgelehnt und mit der Rechnung in Million-Mark schrittweise zu beginnen.

Die gestrigen Lebensmittelmärkte.

Da auf dem gestrigen Schweinemarkt in St. Marx sowohl Mäher wie auch Schweine in vielen Fällen bis zu 2000 Kronen der Kilogramm im Preise gestiegen sind und außerdem in der Großmarkthalle aufwändige Fleischtransporte — 23 Waggons im Gewicht von 145 Tonnern — erlangten, der Fleischmarkt andauernd ein beschämter ist, so düchtete am Wochenende sowohl die Mäher wie auch die Schweinefleischpreise eine Verbilligung erfahren. Gestern sind vorläufig Preisveränderungen noch nicht zum Vorschein gekommen. — Der Gemüsemarkt wurde in bezug auf Gärtnereierzeugnisse der Tageszeit entsprechend schwächer beizet. Allen in Anbetracht der günstigen Konjunktur vieler schmalhalsiger gebaueter Gemüskulturen vornehmender Herkunft, konnte mit den vorhandenen Vorräten das Auslangen gefunden werden. Karotten, in denen die höchsten Tag für Tag weniger werden, sind mäßig im Preise gesunken; 2000 bis 4000 Kronen der Kilogramm. Mit Schwämmen waren auch gestern die Märkte reichlich versehen. Die Mayrgraben ist fortgesetzt eine lebhafte. Diese, namentlich die relativ billigen Seefischgattungen, begehrten besserer Nachfrage.

Die erste österreichische Segelflugwoche.

Nicht Starte am gestrigen Flugtag.

Der letzte Tag der ersten österreichischen Segelflugwoche war nicht sonderlich durch die Windverhältnisse begünstigt. Es herrschte zwar Weineind, jedoch nur bis Maximum 5 Sekundenmeter, welcher wechsellief abblaste. Der Wiener Pilot Ing. Szabla startete auf der Maschine „Eipenlaub“ fast bei Windstille und erreichte dennoch mit einer Flugdauer von 2 Min. 55 Sek. eine Flughöhe von 2025 Metern. Es war dies der erste Flug des Piloten auf einer Segelflugmaschine. Als zweiter startete Ing. Stauer auf seiner Maschine „Hohle der Taube“, in die er diesmal einen Hilfsmotor von effektiv nur fünf Pferdestärken eingebaut hatte. Ing. Szabla ging auf „Eipenlaub“ zum zweitenmal an den Start. Pilot Szabla wollte die Bestimmung machen, kam in der zweiten S-Kurve auf den Berg los und mußte in einem hohen Lande, wobei ein Flügel der Maschine havariert wurde. Sie dürfte jedoch heute mittags wieder startbereit sein.

Nach Mittag haufte der Wind günstig ab. In den Nachmittagsstunden starteten bei fast gänzlichem Windstille die beiden Schweizermaschinen „Große Welt“ vom Prof. und „Technische Hochschule“ Wien, unter Führung der Piloten Ing. Fiala, Ing. Orien, Steidel, Major Goryah und Ing. Lauer. Vor dem Start der Maschine der Technischen Hochschule machte Ing. Stauer einen Flug auf der Maschine außer Konkurrenz, wobei er sehr zur Befriedigung des Publikums bei der Landung einen lauberen Lieberflug vorführte. Die Maschine wurde dabei nicht havariert. Mittwoch war der Wiener Ing. Stauer mit seinem Apparat verunglückt. Gleich nach dem Aufstieg warf der Wind die Maschine zurück, die sich überflügeln und Stramer begrub. Stauer liegt gegenwärtig im Wilhelminenspital.

München—Wien in eindreiviertel Stunden.

München, 18. Oktober. Den Flugrekord München—Wien stellte der Fluggenieur Scheleffowski von der „Transaerway Union“ auf, welcher diese Strecke in der bisher unerreichten Zeit von 105 Minuten durchflog.

Der Donaureisefahren.

Freiheitsprojekte sind mehrere ausgearbeitet worden. Nach dem einen soll ein bei Langenreuth beginnender Seitenkanal der Donau an linken Ufer bis in die Gegend gegenüber Wien geführt werden, um auch die linksseitig gelegenen Sandbänke von Wien, Floridsdorf, Kagran, Stadlau und Albern, an den Schiffverteiler beizunehmen. Dieser Kanal soll auch die Möglichkeit einer Wasserstraßenanlage mit 24.000 Pferdestärken (140 Millionen Kilowattstunden) bieten. Das Projekt steht zwei Anklären vor: Raabitzing 1. Das Fundationsgebiet und der links dem Donau mit Verbindung der alten Donau. Der links dem Donaukanal soll an der Stelle von Franzensbrunn bis Köllnerbrunn geführt werden. Die Kosten des Projektes, dessen Uferlänge eine Gesamtkapazität von 84 Millionen